



BUNDESRECHTSANWALTSKAMMER

Der Präsident

Bundesrechtsanwaltskammer
Littenstraße 9 | 10179 Berlin

Präsident Alexander Grigoryevich Lukashenko
38, Karl-Marx-Straße
220016, Minsk
Republik Belarus

via

Botschaft der Republik Belarus in Deutschland
Seine Excellenz Botschafter
Herr Denis Sidorenko
Am Treptower Park 31-32
12435 Berlin

vorab per E-Mail: germany@mfa.gov.by

Berlin, 12.04.2021

Situation in der Anwaltschaft in Belarus

Seine Excellenz,

ich wende mich mit diesem Schreiben an Sie und erlaube mir, unsere größte Besorgnis über die Verfolgung der Rechtsanwälte in Belarus, die Behinderung ihrer Berufsausübung und über die bevorstehende Änderung des „Gesetzes über die Anwaltschaft und die anwaltliche Tätigkeit in der Republik Belarus“ zum Ausdruck zu bringen.

Die Bundesrechtsanwaltskammer vertritt die Interessen der 28 Rechtsanwaltskammern und damit der gesamten Anwaltschaft der Bundesrepublik Deutschland mit zurzeit rund 166.000 Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten gegenüber Behörden, Gerichten und Organisationen - auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene.

Als Vertreter der deutschen Anwaltschaft setzen wir uns - auch international - für die Unabhängigkeit und freie Berufsausübung der Rechtsanwälte ein. Nur diese Unabhängigkeit gewährleistet, dass Rechtsanwälte gleichrangig und gleichberechtigt neben Richtern und Staatsanwälten ihre Aufgaben im Rechtsstaat erfüllen können. Rechtsanwälte sind unverzichtbare Organe einer funktionierenden Rechtspflege und tragen zur Verwirklichung und Sicherung des Rechtsstaates bei. Ein starker Rechtsstaat ist Grundvoraussetzung für das friedliche Zusammenleben seiner Bürger.

Seit August 2020 sind zahlreiche Fälle der Behinderung der belarussischen Rechtsanwälte in ihrer Berufsausübung bekannt geworden. Aus verschiedenen Quellen haben wir erfahren, dass die Kolleginnen und Kollegen, die vornehmlich Vertreter der Opposition verteidigt haben, regelrechten

Bundesrechtsanwaltskammer

The German Federal Bar
Barreau Fédéral Allemand
www.brak.de

Büro Berlin – Hans Litten Haus

Littenstraße 9
10179 Berlin
Deutschland
Tel. +49.30.28 49 39 - 0
Fax +49.30.28 49 39 -11
Mail zentrale@brak.de

Büro Brüssel

Avenue des Nerviens 85/9
1040 Brüssel
Belgien
Tel. +32.2.743 86 46
Fax +32.2.743 86 56
Mail brak.bxl@brak.eu

Schikanen seitens der Strafverfolgungsbehörden und der Sicherheitskräfte ausgesetzt worden sind. Ihre Kanzleien wurden durchsucht, sie selbst wurden verhaftet, ihre Kommunikation mit Mandanten wurde unterbunden, sie haben teilweise ihre Anwaltszulassungen verloren. Es besteht der Verdacht, die gegen sie erhobenen strafrechtlichen Vorwürfe seien haltlos und politisch motiviert. Insgesamt wurden etwa siebzehn Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte im Zusammenhang mit den Protesten unter verschiedenen Vorwänden die Zulassung widerrufen. Wir sind über diese Ereignisse besorgt und bestürzt.

Im Hinblick auf die Änderung des Anwaltsgesetzes ist nach uns vorliegenden Informationen geplant, Rechtsanwälten eine Berufsausübung in Form von Einzelkanzleien und Anwaltsbüros zu verbieten. Sie sollen in Zukunft nur im Rahmen der sogenannten „Juristischen Konsultationen“ tätig sein dürfen. Ein Drittel der belarussischen Kollegen wird somit ohne sachlichen Grund gezwungen, ihre Kanzleien und Büros zu schließen und in „Juristische Konsultationen“ zu wechseln. Es entsteht der Eindruck, dass damit alle Rechtsanwälte in Belarus noch enger an das Justizministerium gebunden werden sollen, das ohnehin die Tätigkeit der Anwälte schon jetzt umfassend kontrolliert. Denn in einer „Juristischen Konsultation“ bestimmt das belarussische Justizministerium nicht nur die interne Organisation und Arbeitsweise, sondern auch den Vorsitzenden. Der Vorsitzende hat wiederum diverse Instrumente der Einflussnahme auf die dort tätigen Rechtsanwälte. Eine derart enge Bindung an das Justizministerium gibt es weder in den bislang bestehenden Einzelkanzleien noch in Anwaltsbüros, die nun abgeschafft werden sollen.

Zudem sind wir über die geplante Abschaffung der unabhängigen und unparteiischen Disziplinarkommissionen bei den regionalen Anwaltskollegien äußerst besorgt. Künftig sollen Disziplinarverfahren gegen Rechtsanwälte durch die Räte der regionalen Anwaltskollegien erfolgen, deren Mitglieder in Abstimmung mit dem Justizministerium ernannt bzw. vom Justizministerium bestimmt werden sollen. Dies stellt eine Verletzung des Prinzips der Unabhängigkeit der Anwaltschaft vom Staat dar, das in den „Grundprinzipien betreffend die Rolle der Rechtsanwälte“ der Vereinten Nationen vom 07.09.1990 niedergelegt ist.

Mit dem Prinzip der Unabhängigkeit und Staatsferne der Anwaltschaft ist nach unserem Dafürhalten auch nicht vereinbar, dass die belarussischen regionalen Anwaltskollegien zukünftig alle Anwärter auf den Anwaltsberuf mit dem Justizministerium abstimmen sollen. Den in diesem intransparenten Verfahren abgelehnten Kandidaten steht auch kein Rechtsweg offen. Ein demokratischer Rechtsstaat, der seinen Bürgern das Recht auf faire Justiz und auf unabhängige Verteidigung gewährt, darf weder in die anwaltliche Selbstverwaltung, noch in die anwaltliche Tätigkeit eingreifen.

Ich bitte Sie daher eindringlich darum, die Verfolgung der Rechtsanwälte und die Behinderung ihrer Tätigkeit zu unterbinden und von den geplanten Änderungen des „Gesetzes über die Anwaltschaft und die anwaltliche Tätigkeit“ Abstand zu nehmen.

Hochachtungsvoll

Dr. Ulrich Wessels
Rechtsanwalt und Notar

cc:
- Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz, Berlin
- Auswärtiges Amt, Berlin